

## **Tagungsbericht:**

### **Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Ökonomische Ordnung und Handeln der Unternehmen, Teil 2: Arbeitskräfte zwischen militärischer und wirtschaftlicher Mobilisierung**

Veranstaltungsort: Bochum, Institut für soziale Bewegungen  
Veranstalter: Lehrstuhl Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Ruhr-Universität Bochum; Langues et cultures européennes (LCE), université Lumière Lyon 2; Institut de recherches historiques du Septentrion (IRHiS, UMR 8529), université Lille 3; Centre Roland Mousnier (UMR 8596), université Paris Sorbonne (Paris IV); Laboratoire Triangle. Action, discours, pensée politique et économique (UMR 5206); Centre de recherche sur les économies, les sociétés, les arts et les techniques (CRESAT), université de Haute-Alsace  
Finanzierung: CIERA, Fritz-Thyssen-Stiftung  
Datum: 05.11.2015 - 06.11.2015  
Von: Eva-Maria Roelevink, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Ruhr-Universität Bochum, E-Mail: <eva.roelevink@rub.de>

Die durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges notwendige Umstellung von der Friedenswirtschaft auf die Kriegswirtschaft bedeutete eine ganze Reihe von Veränderungen für das gesellschaftliche und das wirtschaftliche Gesamtgefüge der kriegführenden Staaten. Der Umbau der Arbeitsmärkte unter den Folgen der Mobilisierung spielte dabei eine bedeutende Rolle. Der Großteil der bekannten während des Krieges auftretenden Wirtschaftskrisen, die Transport-, die Versorgungs- und die Produktionskrisen, verdeckten nicht selten die eigentliche Krise, nämlich die der Arbeitsmärkte. Mit der Veränderung der Arbeitsmärkte und der militärischen und wirtschaftlichen Mobilisierung befasste sich die am 5. und 6. November in Bochum abgehaltene deutsch-französische Arbeitstagung.

Einführend kontrastierte MARCEL BOLDORF (Lyon) das Problem der Verteilung der Arbeitskräfte sowohl in Deutschland als auch in Frankreich. Insofern als man im Kaiserreich unvorbereitet in den Krieg ging – und von einem baldigen Kriegsende ausging – wurde dem Arbeitsmarkt zunächst nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Im Vordergrund standen zunächst vielmehr die Einberufung der Arbeitskräfte und damit die Mobilisierung für die militärischen Zwecke. Erst im Zusammenhang mit der Reorganisation der Obersten Heeresleitung 1916 entwickelten sich Institutionen, die sich mit der Reorganisation des Arbeitsmarktes verstärkt befassten. Ganz ähnlich stellte sich die Situation in Frankreich dar. So wurde zwar bald die umfassende Organisation und gar die Kartellierung der Wirtschaft gefordert, aber auch hier blieb eine weitergehende Reorganisation der Wirtschaft, und mit ihr der Arbeitsmärkte, zunächst aus.

STEPHANIE TILLY (Köln) nahm eine Charakterisierung des industriellen, deutschen Arbeitsmarktes während des Ersten Weltkrieges vor. Von der Chaotisierung der Verhältnisse durch die abrupte Umstellung auf die Kriegswirtschaft, sei dennoch wesentlich, so Tilly, dass der Marktmechanismus grundsätzlich weiter funktioniert habe. Vor allem über Lohnanreize - in den kriegswichtigen Industrien ließ sich schon bald mehr verdienen als in anderen Branchen - seien die Arbeitskräfte umgelenkt worden. Als Grundproblem stellte sich allerdings bald der Arbeitskräftemangel heraus, der sich durch den zunehmend an Schärfe gewinnenden Konflikt zwischen wirtschaftlichen und militärischen Interessen auszeichnete. Das Ergebnis des Konfliktes war das Hindenburgprogramm, für den Arbeitsmarkt aber wesentlich bedeutsamer das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916. Das Hilfsdienstgesetz blieb eine verspätet verabschiedete Kompromissformel. Zwar wurde auch hier die Dienstpflicht für Männer eingeführt, dies blieb aber eine zivile Verpflichtung. Arbeitsplatzwechsel waren seither zwar nur noch mit Abkehrschein möglich, das System war aber anfällig für Missbrauch, und Lohnargumente waren Grund genug, den Arbeitsplatz zu wechseln. Insgesamt griff die Kriegswirtschaft tief- und weitgehend in die Arbeitsmärkte ein, formal aber blieb der Markt als Koordinationsmechanismus in Kraft. ANTOINE VERNET (Lyon) griff das Arbeitskräfteproblem am Beispiel eines mittelgroßen Metallunternehmens im südfranzösischen Saint-Étienne auf. Die 1857 gegründete SA Chavanne-Brun Frères, ein Gießereiunternehmen in Familienhand, habe zu den Kriegspolizisten gehört. Das Unternehmen nutzte seine Lage, weit entfernt vom Kriegsgeschehen, und expandierte während des Krieges massiv. Es weitete seine Produktionskapazitäten stark aus und steigerte so insbesondere die Rüstungsproduktion, behielt die zivile Produktion gleichwohl bei, um für das Kriegsende und die erneute Umstellung der Wirtschaft, gewappnet zu sein. Ein im Juli 1915 erlassenes Regelwerk bedeutete die zentrale Neuerung in der Arbeitskräftevermittlung. Als sich im Laufe des Jahres die Situation zuspitzte, versuchte das Unternehmen über seine Kontakte in Paris mehr Arbeitskräfte zu gewinnen; die infolgedessen geworbenen kolonialen Arbeitskräfte stammten mehrheitlich aus Nord-Afrika. Das Unternehmen profitierte dabei von seinen Netzwerken und Beziehungen. Konflikte im Unternehmen ließen sich jedoch nicht vermeiden; Streiks und der andauernde Wohnungsmangel sorgten Vernet zufolge für eine dauerhafte, über das Kriegsende hinausreichende, Veränderung des Betriebsklimas.

Die Geschichte der Zwangsarbeit gehörte in den vergangenen Jahren sicherlich zu bedeutenden Forschungsthemen in der Geschichtswissenschaft. KAI RAWE (Mülheim) skizzierte in seinem Beitrag die Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Ersten Weltkrieges. Das wesentliche Problem des Ruhrbergbaus lag in der nach Kriegsbeginn zügig sinkenden Förderleistung. Insofern als der Ruhrbergbau das größte und förderungsstärkste deutsche Kohlenrevier war, war die Förderkrise der Ruhrbergwerke von enormer Bedeutung für die Kriegswirtschaft. Der massive Einbruch der Förderung stellte im Kern ein Arbeitskräfteproblem dar. Zwar ging die Belegschaft durch die

Mobilmachung nur um 27% zurück, der dadurch ausgelöste Fördereinbruch (von etwa 50%) zeigte dabei aber deutlich die Abhängigkeit der Ruhrzechen vom Arbeitsmarkt. Da durch die Mobilmachung vor allem die produktiven Hauer eingezogen worden waren und die Mechanisierung im Ruhrbergbau noch nicht weit genug vorangeschritten war, wirkte sich die Einberufungen schwerwiegend auf die Förderleistung aus. Der Mangel an Arbeitskräften ließ sich über den deutschen Arbeitsmarkt nicht decken, seit 1915 wurden deshalb Arbeiter aus den besetzten Gebieten „angeworben“. Tatsächlich wurden sie nach erfolgter Anwerbung an der Rückkehr gehindert. Die Freizügigkeit war also de facto aufgehoben. Kriegsgefangene bildeten die größte Gruppe der Zwangsarbeiter im Ruhrkohlenbergbau (17% der Belegschaft). Die Versorgungslage der Kriegsgefangenen insgesamt war zwar theoretisch angemessen, blieb in praktischer Hinsicht aber unzureichend, so Rawe. Die Produktivität ließ sich unter dem Einsatz von Kriegsgefangenen zwar grundsätzlich steigern; insgesamt blieb sie aber weit hinter dem Niveau der Vorkriegszeit zurück.

JEAN-FRANCOIS GREVET (Arras) befasste sich in seinem Vortrag mit der Arbeitskräftepolitik in der französischen Automobilindustrie. Am Beispiel von Renault sowie - auf Quellenbasis - des LKW-Herstellers Berliet aus Vénissieux, nahe Lyon, zeigte er auf, wie ambivalent sich der Krieg auf die Unternehmen auswirkte. Einerseits waren die Autobauer von der Knappheit des Faktors Arbeitskraft betroffen, der durch Einberufung vieler Arbeiter der Stammebelegschaft zum Kriegsdienst entstand. Andererseits bewirkte der Krieg ein Fortschreiten des Taylorismus, d.h. einer umfassenden Rationalisierung durch Reorganisation der Produktion. Insbesondere schritten die Maschinerisierung sowie die Unternehmensleitung nach betriebswirtschaftlichen Methoden voran. Wegen der Kriegsrelevanz der Unternehmen stieg die Beschäftigung im Verlauf des Krieges wieder.

In einem gemeinsamen Beitrag fragten MICHAEL RÖSSER und MARK SPOERER (Regensburg) nach Kontinuitäten in der Zwangsarbeit. In der Forschung wurde bisher vor allem der Vergleich zwischen der Zwangsarbeit im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gezogen. Rösser und Spoerer stellten in ihrem Beitrag dagegen die Zwangsarbeit im kolonialen Deutsch-Ostafrika der Zwangsarbeit des Ersten Weltkrieges gegenüber. Als Vergleichskriterien wurden die Form des Zwangscharakters auf der Basis von Albert Hirschmans Exit- and Voice-Theorem und die Sterblichkeit bzw. die Überlebendswahrscheinlichkeit gewählt. Eine wesentliche Feststellung bei den Ausführungen zur Zwangsarbeit während des Ersten Weltkrieges betraf die Mortalität. Im Allgemeinen galt die Sterblichkeitsrate der während des Ersten Weltkrieges eingesetzten russischen Zwangsarbeiter als extrem hoch. Die Berechnungen von Rösser/Spoerer zeigten allerdings eine deutlich höhere Sterblichkeitsrate bei den britischen Zwangsarbeitern. Rösser/Spoerer zur Folge wurden britische Kriegsgefangene zu einem späteren Zeitpunkt zur Zwangsarbeit und dann vor allem in den industriellen Zentren eingesetzt, wo die Überlebendswahrscheinlichkeit deutlich geringer war. Die

russischen Zwangsarbeiter wurden dagegen schon vorher und auch verstärkt in der Landwirtschaft eingesetzt; die Sterblichkeit war hier deshalb weniger hoch. Die Zwangsarbeit bzw. die Arbeiterfrage hatte für die Kolonialpolitik des Reichs eine vordergründige Rolle. Auch hier unterschieden die Beiträge verschiedene Phasen voneinander. Seit der formalen Übernahme der deutschen Herrschaft wurde direkter Zwang angewendet. So wurden Hungersnöte dazu genutzt, Arbeitskräfte gegen Bezahlung zu mobilisieren. Die Reform der Kolonialpolitik unter Bernhard Dernburg ab 1907 scheiterte. Wie auch während des Ersten Weltkrieges hatten die Zwangsarbeiter keine Möglichkeit sich zu entziehen (Exit) oder rechtlich vorzugehen oder aufzubegehren (Voice). Stattdessen ist die koloniale Zwangsarbeit als rechtsfreier Raum zu betrachten, der ausgenommen von der Reformphase durch eine extrem hohe Sterblichkeitsrate gekennzeichnet war. Die koloniale Zwangsarbeit war, so resümierten Rösser/Spoerer, dabei sicherlich nicht der maßgebliche Faktor für die Ausgestaltung des Zwangsarbeitereinsatzes im Ersten Weltkrieg, aber sicherlich bedeutend.

BÉATRICE TOUCHELAY (Lille) ging in ihrem Beitrag auf die kriegsbedingten Entwicklungen in Lille ein. Das Gebiet mit einer entwickelten Textil- sowie Eisen- und Stahlindustrie stand während des Krieges vier Jahre unter deutscher Besatzung. Leitend war für sie die Frage, wie man in diesem Gebiet überlebte, denn einen regulären und funktionsfähigen Arbeitsmarkt gab es hier seit der deutschen Besetzung nicht mehr. Erstaunlicherweise verblieben viele Einwohner in dem Gebiet. Statt einer umfassenden Flucht setzte eine breit angelegte Munizipalisierung ein, so Touchelay. Neben der betrieblichen Fürsorge, wie etwa bei der Bahngesellschaft des Nordens, der *Compagnie des chemins de fer du Nord*, griffen während der Besatzungszeit auch zunehmend kommunale Fürsorgeprogramme.

RALF KÖNIG (Darmstadt) skizzierte den Problemzusammenhang von Heimarbeit leistenden Kriegerfrauen. Kriegerfamilien erhielten während des Krieges Unterstützungszahlungen. Diese variierten je nach Kommune stark und reichten nicht aus, um die Kriegerfamilien durch den Krieg zu bringen. Relevant wurden die kommunalen, staatlichen und teilweise auch betrieblichen Unterstützungszahlungen erst in Kombination mit dem Zubrot der Heimarbeit. Die Militärverwaltung wurde durch die Vergabe von Heeresnährarbeiten der größte Auftraggeber in der Heimarbeit. Den rechtlichen Rahmen bildete das Heimarbeitsgesetz von 1911; dieses wurde aber nur unzureichend umgesetzt und reichte auch nicht aus, um einen umfassenden Schutz zu gewährleisten. So zeichnete sich die Heimarbeit schon bald durch Übervorteilung und Ausbeutung aus, wie König am Beispiel der Heeresnährarbeiten und auch der Sandsacknährarbeiten ausführte. Obwohl es auch hier, wie in anderen Bereichen der Arbeitsmarktregulierung seit 1916 verstärkt zu Zentralisierungs- und Reglementierungsschritten kam, blieben die Kriegerfrauen den Zwischenmeistern und auch den gemeinnützigen Vereinen und ihrer zweifelhaften Verteilungsgerechtigkeit ausgeliefert. Die

Ausführungen von PEGGY BETTE (Rennes) bildeten das französische Pendant zu den Ausführungen von König. Bette bezog sich vor allem auf den Staat als Arbeitgeber für Kriegswitwen in Frankreich. Zwei Ziele, so Bette, habe der Staat dabei verfolgt: zum einen ein wirtschaftliches Ziel; die in den Arbeitsmarkt integrierten Kriegswitwen sollten den angespannten Arbeitsmarkt entlasten; zum anderen handelte der Staat Bette zur Folge aus sozialpolitischer Motivation. Am Beispiel einer Postverwaltung nahe Paris und einer Tabakfabrik im französischen Westen befasste sich Bette dabei mit Unternehmen, die erstens staatsnah waren und zweitens einen traditionell hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte beschäftigten. Im Vordergrund standen dabei die neu eingeführten Regelwerke, die die Einstellungen ordnen sollten. Insgesamt waren die Regeln nicht strikt, sondern etwa im Vergleich zu den Richtlinien für die Einstellung von Kriegsbeschädigten geradezu weich. Denn im wesentlichen Unterschied waren die Regeln für die Kriegsbeschädigten auf Dauer angelegt, die Integration der Kriegswitwen war dagegen nur auf Zeit vorgesehen.

Zusammenfassend ging DOMINIQUE BARJOT (Paris) auf die Bedeutung des Arbeitsmarktes für den allgemeinen Forschungsdiskurs zum Ersten Weltkrieg ein. Forschungslücken identifizierte Barjot vor allem im Spannungsverhältnis von Krieg und Unternehmen. Zudem sieht er die (Jubiläums-)Diskussion um den Ersten Weltkrieg vor allem geprägt von der kultur- und sozialhistorischen Forschung, aber weniger begleitet von aktuellen wirtschaftshistorischen Arbeiten.

Insgesamt zeigte sich, dass die Erforschung der Arbeitsmärkte während des Ersten Weltkrieges gegenwärtig eher eine randständige Position einnimmt. Das ist zu bedauern. Vor allem die Zäsur des Jahres 1916, die offenbar grenzüberschreitend war, und die der Beginn weitgehender Arbeitsmarktregulierung war, bietet einen Ansatzpunkt für die Erforschung des institutionellen Wandels während des Krieges. Auch in unternehmenshistorischer Hinsicht ist die Erforschung der Arbeitskräfte sicherlich noch nicht erschöpft, wie die Ausführungen der französischen und deutschen Forscher zeigen konnten.

#### Tagungsübersicht

Arbeitskräfte zwischen militärischer und wirtschaftlicher Mobilisierung/*Les mains-d'oeuvre entre mobilisation militaire et mobilisation économique*

Begrüßung/*Accueil*: Dieter Ziegler (Bochum)

Einführung/*Introduction*: Marcel Boldorf (Lyon)

Stephanie Tilly (Köln): Arbeitsmarkt unter Druck? Industrieller Arbeitsmarkt im Ersten Weltkrieg/*Un marché de l'emploi sous pression ? L'industrie pendant la Première Guerre mondiale*

Antoine Vernet (Lyon): Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel eines mittleren Metallunternehmens in Saint-Etienne/*La gestion de la main-d'oeuvre ouvrière durant la Grande Guerre, la pratique d'une entreprise moyenne de l'industrie métallurgique stéphanoise*

Kai Rawe (Mülheim): Zwangsarbeit im Ruhrbergbau im Ersten Weltkrieg/*Travail forcé dans les mines de la Ruhr pendant la Première Guerre mondiale*

Jean-François Grevet (Arras): An der französischen Arbeitsfront. Kriegsführung und Arbeitskräftepolitik in der französischen Automobilindustrie (1914-1920)/*Sur le front du travail en France. Effort de guerre et gestion de la main-d'oeuvre dans l'industrie automobile (1914-1920)*

Michael Rösser/Mark Spoerer (Regensburg): Kontinuitäten der Zwangsarbeit vom kolonialen Deutsch-Ostafrika zum Ersten Weltkrieg (Belgien, Polen und Litauen)/*Continuités dans le travail forcé des colonies allemandes en Afrique orientale à la Première Guerre mondiale (Belgique, Pologne, Lituanie)*

Béatrice Touchelay (Lille): Arbeiter ohne Arbeit, Unternehmen ohne Ressourcen. Wirtschaftliches Überleben in Lille während der deutschen Besatzung (1914-1918)/*Salariés sans ouvrage, entreprises sans ressource, comment survivre à Lille sous l'occupation allemande (1914-1918)*

Ralf König (Darmstadt): Jenseits der Fabriken: Kriegerfrauen als Heimarbeiterinnen/*Au-delà des usines : les femmes des combattants comme travailleuses à domicile*

Peggy Bette (Rennes): Der Staat als Arbeitgeber für Kriegswitwen. Spezifische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Frankreich während des Ersten Weltkriegs/*L'État-employeur au secours des veuves de guerre : retour sur les politiques d'emplois réservés mises en place en France*

Dominique Barjot (Paris): Zusammenfassung/*Conclusions*